Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1905)
Heft: 23-24

Artikel: Elsass-Lothringen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-802988

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In den ersten Nachrichten nach Entstehung der „Antimilitaristischen Liga“ wurde gleich derart über dieselbe hergefahren, dass es eher dafür spricht als dagegen, dass eine solche nötig sei. Die Bekämpfung erinnerte mich an die Zeit, wo wir hier bei Entstehung und Gründung des Friedensvereins auch auf solchen Widerstand stiessen, und wir verschiedene sehr militaristisch angehauchte Persönlichkeiten kennen lernten, die das Vaterland in Gefahr glaubten.

Den eingesandten Artikel des „Zürcher Anzeiger“, der mir von unserem Präsidenten zugeschickt wurde, fand ich deshalb zur Beachtung und zum Abdruck geeignet, als er entschieden der Unterschiebung der Dienstverweigerung entgegentrat und es immer gut ist, beide Teile zu hören. Das Misstrauen, das der antimilitaristischen Liga gleich entgegengebracht wird, bevor sie sich nur ausgesprochen und betätigt hat, ist ja im Grunde genommen dasselbe, worauf die ganze Institution des Krieges besteht, und gegen das wir kämpfen. Hüten wir uns also, dieses Misstrauen einer neuen Richtung entgegenzubringen. Ein neuer Beweis, wie jetzt gleich jede Ausschreitung der antimilitaristischen Liga in die Schuhe geschoben wird, ist beiliegender Ausschnitt. *

Es kann gar nichts schaden, wenn von anderer Seite etwas deutlicher gegen den Militarismus gesprochen wird, als es von den Friedensfreunden geschieht. Dass sich sogar der Bundesrat damit erschrecken lässt, ist wirklich zum Lachen; er wird sich aber auch wieder beruhigen.

Der Hintergedanke einiger (!) Sozialisten, die Regierungen des Machtmittels der Militäraufbietung bei Streiks zu berauben, wird ihnen niemals gelingen, dafür habe ich keine Angst. Anderseits ist dann aber zu wünschen, dass das Militär bei Aufbietung gegen Unruhen stramm vorgeht und sich nicht mit Kot bewerfen lassen muss, wie es im Tessin seinerzeit vorkam!

* * *

Richtig ist es, die Ansichten gehen ganz enorm auseinander. So nahm z. B. in diesen Tagen das Parteikomitee der schweizerischen sozialdemokratischen Partei folgende Thesen von Greulich, Dr. Brüstlein und Rapin an: „Das Parteikomitee ist einstimmig darin, dass es Aufgabe der sozialdemokratischen Partei sei, die Verwendung des Militärs bei Streiks mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Dagegen ist das Parteikomitee mit grosser Mehrheit der Ansicht, dass die Armee unter den bestehenden Verhältnissen eine Notwendigkeit für die Schweiz ist, und dass die sozialdemokratische Partei es daher ablehnen müsse, diese grundsätzlich zu bekämpfen.“

Dagegen sagte am 9. Dezember bei der Besprechung des Themas „Antimilitaristische Liga“ im Berner Volkshaus Dr. Tobler, Redakteur des Zürcher „Volksrecht“ und Mitglied der antimilitaristischen Liga als erster Referent folgendes: „Die Armee bestehe nur zu dem Zwecke, gegen den inneren Feind Verwendung zu finden. Dieser innere Feind sei niemand anders als die Arbeiterpartei. Die Armee sei ein Machtmittel der herrschenden kapitalistischen Klasse. Vom Vaterland habe der Nichtbesitzende nichts; der Staat bestrafe den Verhungernden, der Lebensmittel entwende, wegen Diebstahls, den Erfrierenden, der sich in das leere geheizte Zimmer eines Bourgeois begebe, wegen Hausfriedensbruchs. Der Staat biete den Arbeitern nicht ein Mass von Rechten, dass sie ein Interesse daran haben, das Vaterland zu verteidigen. Die Lehre von Schule und Kirche, dass es höchste Bürgerpflicht sei, für das Vaterland einzustehen, müsse man mitsamt dem Religionsschwindel ausrotten. Den Bourgeois sei das Vaterland nichts als Geschäft; sie hätten die Schweizer Berge längst wie die elektrische Energie dem Ausland verkauft, wenn sie Abnehmer fänden. Der Arbeiter solle stets denken, wenn man ihm einen Militärbefehl erteile. Die Arbeiterschaft müsse sich die Untergrabung der Disziplin und die Propagierung des militärischen Ungehorsams zum Ziele setzen.“ (Rauschender Beifall.)

Dass wir Friedensfreunde solche Kameradschaft mit Entrüstung von uns weisen, wird unseren Lesern selbstverständlich erscheinen. Diese Worte stehen aber auch in grellstem Gegensatze zu dem in letzter Nummer abgedruckten Programm der Antimilitaristen.

In der gleichen Versammlung bezeichnete Finanzdirektor Müller die antimilitaristische Liga als anarchistisch, was ihm mehrere Zwischenrufe eintrug. Die Liga sei für die Arbeiterschaft höchst verderblich und stehe in grellem Gegensatz zum Gedankengang der Sozialdemokratie, die zur Vernichtung des kapitalistischen Systems eines starken Staates bedürfe. Der einzelne müsse sich dem ganzen unterordnen; nur dies ermögliche die individuellen Rechte und Freiheiten. Kein unabhängiger Staat, am wenigsten die Schweiz mit der ihr stets von Frankreich drohenden Durchbruchsgefahr, könne die Armee entbehren. Die Schweiz würde sicher zum Kriegsschauplatz, wenn sie ihr Heerwesen vernachlässigte. Die im Jahr 1798/1799 in der Schweiz geführten Kriege hätten eine Milliarde verschlungen. Gegen die missbräuchliche Verwendung des Militärs bei Streiks und ausländische Nachäfferei möge die Arbeiterpartei sich wehren. (Beifall.)

Aus all dem Gesagten ist ersichtlich, dass die Friedensfreunde sich ihre volle Unabhängigkeit zu bewahren haben. Die Antimilitaristen können je nach den Grenzen, die sie sich ziehen, entweder in ähnlichem Sinne wirken wie wir; dann werden sie unsere Sache fördern. Sie können aber ebenso gut, durch wahrhaft verbrecherische, unsinnige Einseitigkeit im Sinne von Dr. Tobler, unserer Sache, durch Diskreditierung derselben, unendlichen Schaden zufügen. Trau, schau, wem. *G.-C.*

* Bezieht sich auf Pöpeleien einiger aus dem Schiesspflichterfüllungskurs in Zürich entlassener Soldaten, wobei der Zeitungsbericht mit den unpassenden Worten schliesst: „Das sind Früchte der „antimilitaristischen“ Hetzarbeit.

Elsass-Lothringen.

Uebersetzt von Th. Kutter.

Paris, den 27. Oktober 1905.

Es sind jetzt schon zwanzig und einige Jahre her, dass wir, Bérenger, Thalamas, nebst einigen anderen, worunter auch ich, im grossen Hofe des Lyzeums Henri IV. spazierend, über die Frage von Elsass-Lothringen diskutierten, über diese mehr als je aufregende Frage voll dunkler Zweideutigkeiten.

Thalamas denkt, dass Frankreich, weil es 1870 besiegt worden ist, nicht das Recht hat, ohne sich gegen seine Ehre zu vergehen, zur gegenwärtigen Stunde eine diplomatische Unterhaltung anzufangen, die eine Revision des Frankfurter Vertrages bezweckt. „Mögen die Handelsleute anfangen.“

Herr Delcassé bediente sich desselben Argumentes und derselben Satzwendung, um es abzulehnen, im Namen Frankreichs die Initiative zu einer Konferenz zu ergreifen, wo die Frage der allgemeinen Abrüstung gestellt werden würde.

Herr Delcassé dachte und sprach. Thalamas, denkt er eigentlich? Wer den Frieden herstellen, die Völker entwaffnen, die Festungen schleifen, die Beziehungen zwischen den Völkern auf einen Kodex der

internationalen Gerechtigkeit gründen will, der lässt trotz aller rednerischen Umschweife glauben, dass er kein Zutrauen mehr in seine Kraft hat und dass sein Mut schwankt. . . .

Nur ein Sieger allein — dessen Sieg seine höhere Kraft bewiesen hat — kann, ohne sich diesem demütigenden Argwohne auszusetzen, erklären, dass er von nun an, um seine Ehre und seine Güter zu schützen, das Recht der Gewalt vorziehen werde.

* * *

Dieses Argument ist nicht stichhaltig, auch wenn es mit einer eleganten Bewegung von Heldenmut begleitet wird. Den Frieden, die Abrüstung, die internationale Gerechtigkeit, die friedlich ausgearbeiteten Uebereinkünfte, wo die Völker mit ihren Zwistigkeiten und ihrem Groll aufhören, erstreben, das ist die Arbeit höherer Vernunft, nicht der Schwäche und Feigheit, und die Initiative eines solchen Werkes ergreifen ist ein Ehrentitel für jedermann.

Der Friede durch das Recht ist ein so wertvolles Gut, ein so erhabenes Ideal, dass ein jeder, der nach dessen Zustandekommen strebt, sich dabei nur Ehre holen kann. Wenn aber gerade Frankreich, dessen militärisches Gepränge episch ist, verlangte, dass die Grenzen nicht durch Säbelspitzen gezogen, sondern durch freie, der Gerechtigkeit entsprechende Uebereinkünfte bestimmt werden, so wird es von keinem Volke das Urteil zu hören bekommen, das sei ein erniedrigender und feiger Vorschlag.

Frankreich kann hinsichtlich aller Völker und bei jeder Gelegenheit, ob sich's nun um Aegypten, Marokko oder Venezuela handle oder um seine Beziehungen mit Spanien, Italien, England und Deutschland, die Stellung einer friedliebenden Nation einnehmen, ohne dass es irgend jemanden in den Sinn kommen wird, ihm Mangel an Mut vorzuwerfen.

Solche Unterhandlungen sind heikel, so dass es besser ist, dieselben nicht zu eröffnen, wenn vorauszusehen ist, dass sie sicherlich scheitern werden; wenn aber die europäische Lage erlauben würde, auf einen glücklichen Ausgang hoffen zu dürfen, dann wäre der Minister, der den günstigen Moment verstreichen liesse, nicht zu entschuldigen.

Vor allen Dingen ist mit Offenheit, mit Kraft und Beharrlichkeit zu wiederholen und zu proklamieren, dass niemals, unter keinem Vorwande, wenn auch begünstigt durch allfällige Verlegenheiten des Gegners, Frankreich seine Revanche in einem glücklichen Krieg und der Rücknahme von Elsass-Lothringen suchen wird. Denn nur dadurch können die Zweideutigkeiten und Befürchtungen, von welchen die Militärpartei Deutschlands lebt, verscheucht werden.

* * *

Wir wollen den Kreislauf der Gewalt nicht mehr weiterführen, nicht einmal vom Siege begünstigt. Die Schleifung von Metz zu erlangen durch eine Mobilmachung aller unserer Kräfte in einem Moment, wo Deutschland die Hände frei haben möchte, ist eine ganz grundlose Voraussetzung. Metz, ein zum Angriff bestimmtes verschanztes Lager, wie ein Keil in die französische Grenze eingetrieben; Metz, das 200,000 Mann wert ist, wie Moltke sich ausdrückte, hat für Deutschland, solange das Kriegszeitalter noch existiert, einen unschätzbaren Wert. Man darf kühn behaupten, dass die Befestigungen von Metz nur mit denen von Toul und Verdun . . . . und auch mit denen von Strassburg fallen werden. Erst wenn die Friedensstunde geschlagen hat, wenn durch den Willen der beiden Völker die Bildung einer schiedsrichterlichen Gerechtigkeit zur Schlichtung von etwaigen Zwistigkeiten hergestellt sein wird, erst dann wird die Frage von Metz und von Elsass-Lothringen gelöst und geregelt werden.

Wenn Deutschland fortfährt, von seiten Frankreichs einen Revanchekrieg zu befürchten, so wird es sicherlich Metz nicht schleifen, um dem Gegner diesen Krieg zu erleichtern.

Nach meiner Ansicht heisst es, die Friedensbestrebungen in eine Sackgasse leiten, wenn man fordert, eine teilweise Revision des Frankfurter Vertrages zu verlangen.

Die Annäherung von Frankreich und Deutschland muss durch Gründung einer autonomischen Regierungsform herbeigeführt werden, durch welche die Elsass-Lothringer, nebst allen übrigen Freiheiten, das „Wesen des Vaterlandes" wiederfinden würden, und diese Annäherung muss als sofortige Folge eine Einschränkung oder eine Verminderung der französischen und der deutschen Rüstungen haben.

Frankreich wird auf keine seiner Bündnisse, Uebereinkünfte oder Freundschaften, durch welche es beim jetzigen Zustande der Welt sehr wichtige Garantien der Sicherheit findet, verzichten; Deutschland wusste das und würde es daran zweifeln, so könnte es dies bald deutlich erkennen. Folglich muss man eine französisch-deutsche Annäherung nicht als eine Art neuer Gruppierung der Militärmächte ansehen, die ihre Streitkräfte ins Gleichgewicht bringen, weil sie einen Krieg voraussehen, sondern als die letzte und die entscheidendste Etappe auf dem Wege der juristischen Herstellung des Weltfriedens.

* * *

Um an dieses Ziel zu gelangen, muss man jede Revancheidee von sich weisen, die Frage wegen Metz in den allgemeinen Verhandlungen der Abrüstung aufgehen lassen, in dem Gewissen beider Völker die Ueberzeugung der verbrecherischen Nutzlosigkeit der Kriege erwecken, die ökonomischen Interessen in gegenseitigen Einklang bringen und die Gedanken zum Begriff der Gerechtigkeit und des internationalen Gerichtshofes emporheben.

Das Ergreifen der Initiative, um die Worte auszudrücken und die nötigen Handlungen zu begehen, damit die Umrisse eines solchen Werkes zustande kommen, das kann die Nation, die damit anfängt, nur erhöhen. . . . Handeln wir mit allen unseren Kräften, mit wahrer Ungeduld, um dem Elend ein Ende zu bereiten und die Volksseele zu erheben. Um uns genauer auszudrücken: Gründen wir eine demokratische Friedenspartei, stark genug, damit ein Minister, ein Abgeordneter dieser Partei, im Namen Frankreichs erklären kann:

1. Frankreich verzichtet auf immer auf jeden Revanchekrieg;
2. Frankreich hofft, dass Elsass-Lothringen stets die Freiheiten einer vollständig autonomischen Regierungsform geniessen wird;
3. Frankreich ist bereit, seine Rüstungen an der Ostgrenze zu vermindern, wenn Deutschland die seinigen auch vermindert;
4. Frankreich ist bereit, sämtliche Zwistigkeiten, die sich zwischen ihm und Deutschland erheben könnten, einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten, sogar diejenigen, welche die Ehre der Nation anbetreffen. Gerechtigkeit ist besser als Gewalt, sogar um die Ehre zu schützen.

Friedensfreunde, das ist unser Zweck.

Wenn unser Zukunfts-Instinkt stärker geworden ist, unser Glauben an den Verstand und das Recht kräftiger, dann, Franzosen, seien wir die ersten, die diesem Ziele entgegenmarschieren.

Machen wir Propaganda bis der günstige Augenblick erscheinen wird, da auch der Minister des Aeus-

sern Frankreichs die Initiative auf wirksame und nützliche Art und Weise ergreifen kann. . . .

Die Klügsten und die Gerechtesten mögen anfangen.

Charles Dumont, Deputierter vom Jura.

Aus der Friedens-Warte.

Die November-Nummer unseres Schwesterblattes, der „Friedens-Warte", bringt einige so interessante Artikel, dass wir unseren Lesern etwas daraus erzählen müssen.

Zuerst einen Artikel vom Herausgeber A. H. Fried, betitelt: „Von Münster zu Delcassé". Der Verfasser wundert sich mit Recht darüber, dass die Presse so erstaunt ist über die Nähe der Kriegsgefahr, die uns durch den „Matin" enthüllt wurde. „Wer seine Existenz und seine Macht lediglich auf Gewalt stützt, muss damit rechnen, dass auch die Gefahr des Krieges *stets* vorhanden ist." Aber auch jetzt lässt man sich nicht belehren; man rüstet nur um so energischer, obschon es sich gezeigt hat, dass *dieses* Mittel, Kriege zu verhindern, nicht nur nicht ausreichend, sondern geradezu verkehrt ist.

Er fährt fort: „Wie lächerlich ist es, wenn wir sehen, wie ängstlich unsere Presse bemüht ist, ein internationales Abkommen zu fordern, damit die im Kriege verwendeten Seeminen der friedlichen Schifffahrt der Neutralen keine Gefahr mehr bringen, wie sie sich aber hartnäckig weigert, ein Abkommen zu fordern, das Männern wie Delcassé das Handwerk legt. Und doch ist die Gefahr einzelner herumirrender Seeminen winzig gegen die Gefahr des im geheimen intrigierenden Delcassé. Erstere gefährden ein einzelnes Schiff, letzterer die Menschheit. Geht die grössere Gefahr wirklich über das Fassungsvermögen unserer Zeitgenossen?"

Ferner weist der Artikel nach, dass gerade die deutsche Politik bei der Haager Konferenz diese gefährliche Situation geschaffen hat.

„Wie sehr die Haltung Deutschlands im Jahre 1899 verfehlt war, geht aus den eben von Andrew D. White veröffentlichten Lebenserinnerungen hervor, die im nachstehenden ausführlicher behandelt werden. Graf Münster, der für seine Verdienste auf der Haager Konferenz den Fürstentitel erhielt, erregte, wie bei White zu lesen ist, durch seine Haltung als deutscher Delegierter im Haag die Erbitterung und das Misstrauen aller anderen Staaten gegen Deutschland. Deutschland leidet heute noch unter diesem Misstrauen, und Delcassé wäre nicht möglich gewesen ohne Münster. Von ihm führt ein gerader Weg zu dem kriegslüsternen und deutschfeindlichen französischen Minister, dem lediglich die deutsche Politik im Haag die Handhabe gegeben hat, gegen Deutschland zu konspirieren."

Fried zeigt dann, dass auch seither die deutsche Politik sich gegen den Pazifismus schwer verstossen hat. So hat Graf Bülow im Oktober 1904 es von sich gewiesen, zwischen Russland und Japan zu intervenieren, „weil keiner der Kriegführenden um Vermittlung ersucht habe". Und nun ist es Roosevelt unter den gleichen Verhältnissen dennoch gelungen, diese Mächte zum Abbruche der Feindseligkeiten zu bewegen. Nach Artikel 3 der Haager Konferenz wäre es längst die *Pflicht* der unterzeichnenden Staaten gewesen, ihre guten Dienste anzutragen.

Anschliessend an diesen Artikel bringt die „Friedens-Warte" Auszüge aus dem oben erwähnten Buche von *Andrew D. White,* ehemaliger amerikanischer Botschafter in Berlin und erster Delegierter Amerikas auf der Friedenskonferenz im Haag, über die I. Haager Konferenz.

Diese Aufschlüsse sind so ausserordentlich interessant, dass wir auch hieraus einiges anführen möchten, wobei wir uns an die Ausführungen der „Friedens-Warte" halten:

„White, der damals in Berlin den Botschafterposten der Vereinigten Staaten bekleidete und in sehr regen Beziehungen zum Kaiser stand, wurde kurz vor seiner Abreise nach dem Haag ganz plötzlich in das Schloss berufen, wo der Kaiser mit dem Botschafter eine eingehende Unterhaltung über die bevorstehende Friedenskonferenz pflog, für die dieser leider „die Zeit noch nicht gekommen" erachtete, sie bis ins einzelne der Oeffentlichkeit zu übergeben. Welcher Art die Aeusserungen des Kaisers aber gewesen sein mögen, ist aus einer anderen Stelle des Buches ersichtlich. Es heisst dort (S. 409): „Ehe ich Berlin verliess, hörte ich von einem hohen Staatsbeamten (!?), der Kaiser erblicke in einem Schiedsgericht eine Beeinträchtigung seiner Souveränität. Auch merkte ich seinen eigenen Worten an, dass ihm die Kongressidee durchaus nicht sympathisch ist." Der Tenor jener denkwürdigen Unterhaltung ist also durch diese paar Worte ganz deutlich angegeben. Von dem, was der Kaiser in jener Unterredung zu White gesagt hat, erfahren wir nur folgende direkte Aeusserung: „Was auf diesem Kongress besonders von nöten sein wird, das ist der gesunde Menschenverstand. Ich habe den Grafen Münster, meinen Pariser Botschafter, nach dem Haag beordert, weil er in reichlichem Masse damit versehen ist."

„Am 19. Mai (die Denkwürdigkeiten über die Haager Konferenz sind tagebuchartig geordnet) scheint White noch der Ansicht des Kaisers zu sein, dass der Graf Münster die geeignete Persönlichkeit zu einem Amte sei, das „gesunden Menschenverstand" erfordert, denn er schreibt: „Die (deutsche) Delegation ist vorzüglich zusammengestellt. Ihr Vorsitzender ist Graf Münster, der mir bereits in Berlin und Paris grosse Bewunderung (!) abnötigte." Am 12. Juni musste White sein Urteil etwas ändern. Gelegentlich eines Frühstücks, das die amerikanischen Delegierten einigen Diplomaten gaben und bei dem Graf Münster der Tischnachbar Whites wurde, „überraschten" ihn einige Bemerkungen des Grafen, ja, im Hinblick auf die oben erwähnten Worte Kaiser Wilhelms, setzten ihn sogar „verschiedene Aeusserungen des Grafen sehr in Erstaunen". Graf Münster erklärte bei dieser Gelegenheit nämlich nicht nur die Schiedsgerichte für einen „Humbug", sondern auch Telephon und Telegraphen für einen „Fluch" für die Beziehungen der Nationen zueinander, „denn sie kreuzten die Wege der Diplomatie und hätten eher Unglück als Nutzen gebracht"; aber auch den Kampf gegen Bakterien und Mikroben erklärte der Graf für „modernen Humbug". White meint daher, Graf Münster wäre trotz all seiner hervorragenden Eigenschaften „gesättigt mit Ideen, die vor fünfzig Jahren massgebend waren". Allerdings ist eine solche Persönlichkeit wenig geeignet, den Boden für ein Institut abzustecken, das vielleicht erst in einem halben Jahrhundert auf der Höhe seines Glanzes angelangt sein wird.

„Das Kapitel Münster ist in Whites Buch zu interessant, als dass es hier so rasch geschlossen werden könnte. Sehen wir in der Tat in dieser Persönlichkeit und ihrer Wirkung im Haag dasselbe Bild, das uns die Kämpfe gegen die Einführung der Eisenbahnen brachten: holder Unverstand und Unfähigkeit, das Werdende zu erfassen. Gar frühzeitig (am 24. Mai) erkannte White Münsters Stellung zur Schieds-